

Lucie Billmann
Josef Held *Hrsg.*

Solidarität in der Krise

Gesellschaftliche, soziale und individuelle
Voraussetzungen solidarischer Praxis



Springer VS

Solidarität in der Krise

Lucie Billmann • Josef Held (Hrsg.)

Solidarität in der Krise

Gesellschaftliche, soziale
und individuelle Voraussetzungen
solidarischer Praxis

Herausgeber
Lucie Billmann
Josef Held

Tübingen, Deutschland

ISBN 978-3-658-00911-3

ISBN 978-3-658-00912-0 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-00912-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Vorwort

Ausgangspunkt für den Sammelband ist das Projekt der Tübinger Forschungsgruppe „Lebensführung und solidarisches Handeln unter Modernisierungsdruck. Was bewegt junge Menschen? (U35)“. Schwerpunkt des Projekts und des vorliegenden Bandes ist die Frage, was Menschen in der Krise bewegt.

Die aktuelle Frage nach solidarischem Handeln in der Krise wird hier bewusst in seiner doppelten Bedeutung verstanden.

Zum einen ist uns die Frage wichtig, *welche Rolle Solidarität in der Krise spielt.*

Zum anderen fragen wir danach, *ob sich Solidarität – in Bezug auf ihre Bedeutung für das alltägliche Handeln – in der Krise befindet und schließlich, welche Voraussetzungen notwendig sind für eine solidarische Praxis.*

Im Zuge des Forschungsprojekts U35 haben wir zwei Konferenzen durchgeführt. Während dieser Konferenzen fanden viele konstruktive Diskussionen mit unterschiedlichen Gästen über Solidarität und solidarisches Handeln in der Krise statt. Dies hat uns zu diesem Buch inspiriert.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Mitarbeit. Roswitha Faust danken wir für Korrektur und Satz. Besonders danken wir der Hans-Böckler-Stiftung für die Unterstützung unseres Projekts und dieser Publikation.

Tübingen, im Februar 2013

Josef Held
Lucie Billmann

Inhalt

I Solidarität in der gesellschaftlichen Krise

Einführung. Solidarität, kollektives Handeln und Widerstand.....	13
<i>Lucie Billmann, Josef Held</i>	
Verriegelte Verhältnisse – Solidarität und interessenpolitische Handlungsorientierungen unter Krisenbedingungen.....	31
<i>Wolfgang Menz, Richard Detje, Sarah Nies, Dieter Sauer</i>	
Arbeitnehmer/innen in der Krise: zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit.....	53
<i>Michael Vester, Christel Teiwes-Kügler</i>	
Arbeitnehmersolidarität im neoliberalen Strukturwandel.....	79
<i>Tobias Kröll</i>	
Bildung in der Krise – Krise der Solidarität? Skizze des angespannten Verhältnisses zwischen Solidarität und Bildung.....	99
<i>Tobias Kaphegyi</i>	
Solidarität am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft: Ein Blick nach Österreich.....	125
<i>Julia Hofmann</i>	
Solidarität in der gesellschaftlichen Zwickmühle. Kulturelle Muster und Handlungsstrategien ukrainischer Jugendlicher.....	143
<i>Jan Jeskow, Manuel Leppert</i>	
Solidarität im Zeitalter der Globalisierung	161
<i>Hans-Werner Bierhoff</i>	

II Die Krise der Solidarität

Die Bedeutung von Solidarität für junge Beschäftigte im Dienstleistungsbereich	179
<i>Lucie Billmann, Josef Held</i>	
Anerkennung und Identität im Wandel der Arbeitswelt	211
<i>Stephan Voswinkel</i>	
Mensch sein auf der Arbeit? Kollegialität als Balance von allgemein-menschlichen und leistungsbezogenen Aspekten von Arbeit	237
<i>Stefanie Hürtgen</i>	
Solidarität im postmodernen Kapitalismus	263
<i>Albert Scherr</i>	
Jugendkulturell geprägter Protest: Eine Reflexion zum Zusammenhang von Solidarität und anderen Strategien gegen die Entfremdung. Oder: Solidarität ist auch da drin, wo sie nicht draufsteht	271
<i>Barbara Stauber</i>	
Zur Dialektik des neuen Faschismus (nicht nur) in Griechenland – oder: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, besonders wenn er keines hat“	281
<i>Athanasios Marvakis</i>	

III Solidarische Praxis

Krise und gewerkschaftliches Handeln	299
<i>Martin Allespach</i>	
Solidarität und widerständiges Handeln	319
<i>Sybille Stamm</i>	
Die Perspektive U35 – gewerkschaftliche Praxis bei jungen Erwachsenen unter 35 Jahren	327
<i>Ivo Garbe, Sabine H. Vogel</i>	

Portugiesische Lektionen: Krise und Solidarität an der europäischen Peripherie.....	343
<i>Ismail Küpeli</i>	
Unerwartete Proteste und ihr etwas weniger überraschendes Ausbleiben – ein Beitrag zur Diskussion über die bundesdeutschen Protestbewegungen in der Krise	355
<i>Peter Birke</i>	
Autorinnen und Autoren	373

I Solidarität in der gesellschaftlichen Krise

Einführung. Solidarität, kollektives Handeln und Widerstand

Lucie Billmann, Josef Held

1 Die vielen Gesichter der Krise

Die Krise, wie sie in diesem Band in den Beiträgen thematisiert wird, hat viele Gesichter. Im Grunde lässt sich nicht mehr von einer Krise sprechen, sondern von einem komplexen Krisenzusammenhang, einer *multiplen Krise*, die auf unterschiedlichen Ebenen zwar miteinander verwandte Dynamiken entwickelt, jedoch mit ungleichen Folgen für jeweils verschiedene Bevölkerungsgruppen (vgl. Bader et al. 2011; Birke 2012). Im Zentrum stehen die sich verschärfenden Widersprüche des „*finanzdominierten Akkumulationsregimes*“ – einer kapitalistischen Formation, die eine bestimmte Variante der Kapitalverwertung darstellt und ab den 1970er Jahren marktgängig wurde, um der Krise des Fordismus zu begegnen (vgl. Demirović/Sablowski 2012: 77 f.). Derzeit erscheint die Krise als staatliche Schuldenkrise, die ihre Ursache nicht – wie der neoliberale Diskurs behauptet – darin hat, dass die Staaten jahrelang ‚über ihre Verhältnisse‘ gelebt hätten. Die inhärenten Widersprüche dieser Formation traten in der Finanz- und Bankenkrise 2007/2008 in besonderer Weise zu Tage. Staatliche Versuche, mit ‚Rettungspaketen‘ Banken aufzufangen und die Konjunktur anzukurbeln, wegbrechende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben durch den Anstieg von Arbeitslosigkeit führen zur derzeitigen Schuldenkrise (ebd. 78).

Die Krise ist jedoch auch deshalb eine *multiple Krise*, da sie nicht nur die kapitalistische Produktionsweise betrifft, sondern in Bezug auf Energie- und Nahrungsmittelversorgung und dem Klimawandel auch als sozial-ökologische Krise zu begreifen ist. Man denke an die 2007/2008 weltweit stattgefundenen Hungerrevolten, ausgelöst durch die massive Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, wie Reis, Soja und Weizen. Klimawandel, großflächige Zerstörung von Land durch Monokulturen in der industriellen Landwirtschaft, Spekulation mit Lebensmitteln an den Börsen usw. führen zu weltweiten Migrationsbewegungen und zunehmenden Kämpfen um Zugang zu sauberem Wasser und fruchtbarem Boden (vgl. Bader et al. 2011; Birke 2012).

Des Weiteren lässt sich die Krise als eine Krise der Reproduktion zeichnen. Neoliberale Transformationsprozesse verschärfen die Widersprüche in verschie-

denen Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion. Das lässt sich in Bezug auf Geschlechter-, Lebens- und Wohnverhältnisse feststellen, aber auch im Bildungs- und Gesundheitssystem. Hierzulande sind es momentan die unverhältnismäßig steigenden Mietpreise und fehlender Wohn- und Lebensraum in den Großstädten – ein Thema, das unter dem Stichwort ‚Gentrifizierung‘ es sogar in die Feuilletons der großen Tageszeitungen geschafft hat. Aufgrund der Finanzkrise stürzen sich Anleger/innen auf den hiesigen Immobilienmarkt, wo – so heißt es – Goldgräberstimmung herrscht (vgl. u. a. Rühle 2012). Dass dies nicht nur ein Thema der Feuilletons bleiben muss, zeigen überall sprießende Initiativen, wie das Hamburger Netzwerk ‚Recht auf Stadt‘, der dortigen Besetzung des ‚Gängeviertels‘ im August 2009 (vgl. Birke 2012), der Mietergemeinschaft ‚Kotti & Co‘ am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg¹.

Der Beitrag von *Tobias Kaphegyi*² „Bildung in der Krise – Krise der Solidarität?“ betrachtet das hiesige Bildungssystem unter dem Aspekt neoliberaler Wirtschaftspolitik: Bildung wird zum einen als Wunderwaffe gegen sich ‚verhärtende Armut‘ betrachtet und zum anderen als Garant für technischen Fortschritt, größere Effektivität der Arbeit – kurz: für ewig steigende Produktivität der hiesigen Wirtschaft. Dementsprechend wird Druck aufgebaut nicht nur auf Schüler/innen und Studierende, sondern auch auf Erwachsene, sich im Zuge eines ‚lebenslangen Lernens‘ selbst immer beschäftigungsfähig zu halten.

Schließlich zeigt sich die Krise als Krise der politischen Systeme. Mit dem von Colin Crouch geprägten Stichwort der „Postdemokratie“ wird die Transformation des Staates und seiner Institutionen bezeichnet, einer weiteren Variante der Neuausrichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse seit den 1970er-Jahren: Ausschlaggebende politische Entscheidungsprozesse finden vermehrt in supranationalen Institutionen statt und stehen entscheidend unter Einfluss internationaler Kapitalinteressen (vgl. Bader et al. 2011: 21 ff.).

Wenn im Folgenden über Solidarität, kollektives Handeln und Widerstand nachgedacht werden soll, dann muss man sich darüber bewusst sein, dass die oben beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen sich nicht nur auf der Strukturebene abgespielt haben. Der Neoliberalismus kann nicht nur als die ökonomische Idee des freien Besitzindividuums und der freien Wirtschaft verstanden werden, sondern auch als eine *kulturelle Formation*. In diesem Sinn spricht Stuart Hall von der „neoliberalen Kultur“ (Hall 2011: 666). Neoliberale Ideen haben sich über den ökonomischen Bereich hinaus ausgedehnt und dominieren in weiten Teilen den öffentlichen Diskurs. Das Vorbild ist dabei das freie Besitzindividuum, das sich auf sich selbst verlässt und sich selbst vermarktet. „„Marke-

¹ Siehe: <http://kottiundco.net/> (7.11.2012)

² Wir haben uns dazu entschlossen darauf zu verzichten, die Beiträge in diesem Band in ihrer Reihenfolge vorzustellen, sondern sie inhaltlich in diesem Einführungskapitel einzuordnen.

tization', die Unterordnung aller sozialer Vorgänge unter das Marktprinzip, wurde zur zentralen Stoßrichtung des neoliberalen Projekts.“ (Hall 2011: 658) Diesem Prinzip stehen Kollektivbegriffe wie Solidarität im Weg. Tobias Kröll stellt in seinem Artikel „Arbeitnehmersolidarität und neoliberaler Strukturwandel“ (in diesem Band) den Einfluss neoliberaler Think Tanks, wie z. B. die Mont-Pélerin-Gesellschaft, auf politische Entscheidungsträger/innen und mediale Öffentlichkeit in den vergangenen Jahrzehnten dar mit den dazugehörigen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und Beschäftigungsverhältnisse. Neoliberale wirtschaftspolitische Entscheidungen haben die wesentlichen Phänomene des Strukturwandels wie Umstrukturierung, Subjektivierung der Arbeit, Prekarisierung und Ökonomisierung mit verursacht und das Denken und Handeln mehrerer Generationen geprägt.

Insgesamt werden unter dem Einfluss der neoliberalen Kultur grundlegende Werte verändert. Werte, die für das politische Handeln sehr wichtig sind, werden umdefiniert und damit ihrer Bedeutung für das kollektive Handeln enthoben. Das gilt insbesondere für den umfassenden Begriff der Freiheit, der unter neoliberalem Vorzeichen eher den verantwortungslosen Egoismus propagiert. „Die politische Idee der ‚Freiheit‘ wird für die ökonomischen Vorstellungen vom freien Markt eingespannt – eine der Bruchlinien des Liberalismus, die auch im Neoliberalismus wieder auftritt.“ (Hall 2011: 654). In ähnlicher Weise verlieren in der neoliberalen Kultur die Werte Würde und Anerkennung ihre ursprüngliche fundamentale Bedeutung.

Die neoliberale Kultur beeinflusst jedoch nicht nur das politische Handeln und seine Grundlagen, sondern insgesamt den sozialen Zusammenhalt. Die traditionellen Sozialformen und Bindungen haben sich reduziert und damit die traditionellen Sicherheiten. Diese Entwicklung hat Ulrich Beck schon 1986 als Dimensionen von Individualisierung beschrieben, allerdings ohne auf den zugrunde liegenden Neoliberalismus Bezug zu nehmen (vgl. Beck 1986: 206). Er sieht die Menschen „zur Individualisierung verdammt“. Sie beinhaltet „erstens die Auflösung, zweitens die Ablösung industriegesellschaftlicher Lebensformen (Klasse, Schicht, Geschlechterrolle, Familie) durch solche, in denen die Individuen ihre Biographie selbst herstellen, inszenieren, zusammenschustern müssen.“ (Beck 1995: 304 f.). Zusätzlich hat sich nach Stuart Hall die Idee „des Gemeinschaftlichen“ selbst ausgedünnt. „Der Sinn fürs ‚Soziale‘ ist eben leider brüchig geworden. Die Familienbindungen bleiben stark, aber sie gewährleisten keine überzeugenden Erzählungen mehr für die Gegenwart.“ (Hall 2011: 667) Die tendenzielle Auflösung des Sozialen zugunsten des Individuellen hat nicht nur Folgen für das politische Handeln, sondern für die Entwicklung der Individuen selbst:

„Mag sein, dass ein solcher Maßen vereinzelt Leben freudvoll und kurzweilig ist – doch ist es zwangsläufig auch geprägt von Risiken und Ängsten. (...) Die zwischenmenschlichen Bande sind angenehm locker, aber aus eben diesem Grund auch beängstigend unzuverlässig, und Solidarität zu üben ist ebenso schwierig wie es schwer wird ihre Vorzüge und mehr noch ihre moralischen Werte zu verstehen.“ (Baumann 2008: 40)

Zygmunt Baumann geht noch weiter: „Der Neuindividualismus, das Verkümmern zwischenmenschlicher Bande und das Welken der Solidarität sind die eine Seite einer Medaille, deren andere die verschwommenen Konturen der ‚negativen Globalisierung‘ zeigt.“ (Baumann 2008: 40) Globale Prozesse können auch die lokale Solidarität in Frage stellen. Nach Zygmunt Baumann stellt die negative Globalisierung auch die Grundwerte von Gerechtigkeit, Frieden und positive Offenheit infrage. Dies führt, so Michael Jäger und Thomas Seibert, zu einer „nihilistischen Situation“. Nihilismus ist nach ihnen „der Zusammenbruch der Fähigkeit, noch Hoffnungen und Ziele zu haben, die das Vorhandene überschreiten, um sich für sie zu engagieren. Dieser Mangel ist eine Folge des kapitalistischen Strebens ins Unendliche, das ein Streben ins Ziellose ist“ (Jäger/Seibert 2012: 16). Ziellosgkeit beeinträchtigt aber nicht nur die individuelle Entwicklung, sondern auch das politische Handeln.

Es gibt jedoch auch Gegentendenzen gegen die Auswüchse der neoliberalen Kultur. *Hans-Werner Bierhoff* betont in seinem Beitrag „Solidarität im Zeitalter der Globalisierung“ in diesem Band, dass die Globalisierung sowohl Chancen als auch Risiken für solidarisches Handeln gebracht hat. Durch die Möglichkeit globaler Vernetzung durch das Aufkommen neuer Medien erschließt sich prinzipiell die Möglichkeit für Solidarität auch über die Grenzen der Binnengruppe hinaus. Auch wenn die negativen Folgen der Globalisierung immer mehr Menschen in prekäre Lebensverhältnisse bringt und eine wachsende Unsicherheit zu beobachten ist, zeigen Umfragen, dass freiwilliges, soziales Engagement – gerade bei jungen Menschen – nach wie vor einen hohen Stellenwert hat.

Individualisierung kann demnach auch als „Solidaritätschance“ verstanden werden „oder sogar *neue Formen* solidarischen Handelns mit sich bringen“ (Marvakis 2005: 163). Eine solche Form der Solidarität, die unabhängig von solidarischen Traditionen und Gemeinschaftsbindungen ist, wurde als „solidarischer Individualismus“ bezeichnet (ebd.).

2 Die Krise der Solidarität

Die Spiralen des oben skizzierten Krisenzusammenhangs reichen augenscheinlich bis hinein in unsere sozialen Beziehungen, unser Denken und Handeln. Wie

ist nun der Zusammenhang zu solidarischem, kollektivem und letztlich widerständigem Handeln?

Antonio Gramsci, der beim Verfassen seiner Gefängnisbriefe durch die Gefängnismauern hindurch auf eine ganz anders geartete, dennoch gleichfalls dramatisch krisenhafte Situation in Europa blickte, beschäftigte sich mit dem Zusammenhang von Krisen und möglichen gesellschaftlichen Veränderungen bzw. Verschiebungen im Kräfteverhältnis:

„Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen.“ (Gramsci 1996: 1563)

Die Krise bringt demnach nicht von sich aus eine bestimmte politische Bewegung hervor und sie bedeutet auch nicht automatisch eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links. *Peter Birke* verweist in seinem Beitrag „Unerwartete Proteste und ihr etwas weniger überraschendes Ausbleiben“ (in diesem Band) auf den Gegensatz zwischen dem allgemeinen ökonomischen Diskurs und der ‚Krise des Alltags‘. Im öffentlichen Diskurs wird von ‚Haushaltsdisziplin‘ und Schulden gesprochen. Damit wird die Logik der Krise gegenüber dem ‚Alltagsverstand‘ des Individuums auf einem völlig abstrakten Niveau gehalten – das Ganze bleibt schlicht unbegreiflich, unfassbar und zunehmend diffus. Diese ‚Krisenerzählung‘ sei letztlich mit ein Grund, warum die hiesige ‚Linke‘ relativ hilflos wirkt, obwohl die Widersprüche dieser Erzählung eigentlich auf der Hand liegen. Dennoch hat das Jahr 2011 gezeigt, dass weltweit Protestbewegungen entstanden, oft scheinbar aus dem Nichts wie die im arabischen Raum, wie die ‚Occupy-Bewegung‘ in den USA oder wie die neuen sozialen Bewegungen in Südeuropa.

Ismail Küpeli berichtet in seinem Beitrag von Portugal, das vom Sog der Krise bereits erfasst ist und wo die Bevölkerung nun die Folgen einer neoliberalen ‚Krisenbewältigung‘ zu spüren bekommt. Ihn beschäftigen die Fragen, wie Massenbewegungen als Widerstand zu einer vor allem von außen gesteuerten Krisenpolitik entstehen und ob sich daraus auch dauerhafte Strukturen und eine funktionierende linke Opposition entwickeln könnten. Vor allem aber: ohne dass diese sich in den Fallstricken von Linkspopulismus und Standortnationalismus verheddert.

In der Ukraine hingegen markiert die Finanzkrise 2008/2009 nur einen weiteren krisenhaften Höhepunkt innerhalb einer permanenten politischen und ökonomischen Ausnahmesituation seit der Staatsgründung 1991. Anhand von Jugendberichten versuchen *Jan Jeskow* und *Manuel Leppert* in ihrem Beitrag für

diesen Band die Situation für Jugendliche und junge Erwachsene in der Ukraine herauszuarbeiten. Noch zu Sowjetzeiten schafften Betriebe und staatliche Sicherungssysteme ein dichtes Geflecht von Fürsorge; es bildeten sich kleine solidarische „Minigesellschaften“ – wenn auch zum Preis von bedingungsloser Unterordnung unter das Kollektiv. Der neu gegründete Nationalstaat konnte nur bedingt ein anschlussfähiges Konzept für diese Art kollektiver Solidaritätsformen bilden. Im Gegenteil: Durch die rasche und oft auch chaotische Übernahme marktwirtschaftlicher, neoliberaler Prinzipien ohne Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen, bei gleichzeitigem Ausbleiben eines westlichen ‚Wohlstandsversprechen‘, werden vorhandene Lebenskonzepte sukzessive infrage gestellt; Enttraditionalisierungs- und Entsolidarisierungsprozesse sind die Folge.

Die unterschiedlichen Krisenformen markieren eine offene Situation, deren Entwicklungen nicht absehbar sind und deren Verlauf noch ganz andere geschichtliche Kräfte an die Oberfläche spülen kann – solche, deren Überwindung wir längst erhofft hatten. Der Beitrag von *Athanasios Marvakis* (in diesem Band) über den Aufstieg der extremen Rechte in Griechenland ist eine nicht zu vernachlässigende Facette dieser Möglichkeiten. Er beschreibt, wie die extreme Rechte letztlich eine Antwort verspricht auf Ängste, welche die Krise bei großen Teilen der Bevölkerung heraufbeschwört. Sie spielt die Trumpfkarte des Nationalismus, der ‚nationalen Solidarität‘ und profiliert sich – politisch durchaus kreativ beweglich – als wählbare Partei einerseits und als Schlägertrupps andererseits.

Wir gehen davon aus, dass ‚*solidarisches Handeln*‘ in der Krise von entscheidender Bedeutung ist und dies in mehrerer Hinsicht: zum einen im Bewältigungsprozess der aufoktroyierten Krisenfolgen, in Bezug auf die Entwicklung einer solidarischen Praxis – in den Gewerkschaften, in sozialen Bewegungen, in nachbarschaftlichen Netzwerken etc., aber auch – und das ist evtl. das Entscheidende: in Hinblick auf das Überschreiten der derzeitigen Verhältnisse – hin zu einer gerechteren, ‚solidarischeren‘ Gesellschaft.

Gleichzeitig ist es kein Geheimnis, dass diese Form von solidarischer Praxis hierzulande bestenfalls ein Randphänomen bleibt. Die *Sozialforscher/innen des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München* haben in mehreren Projekten Handlungs- und politische Orientierungen von Beschäftigten erforscht. In ihrem Beitrag (vgl. *Menz et al.* in diesem Band) wird dargelegt, dass die Krise in den untersuchten Branchen eine jeweils eigene ‚Geschichte‘ hat. Dennoch lassen sich Tendenzen in den Orientierungen der Beschäftigten feststellen: Zum einen stellen die Forscher/innen fest, dass es zu Schließungsprozessen der Kern- gegenüber den Randbelegschaften kommt. Es lassen sich zwar krisenbedingte Solidarisierungen innerhalb der Belegschaften erkennen – diese gehen aber einher mit verstärkten Grenzziehungsprozessen, insbesondere gegenüber

Leihbeschäftigten. In Bezug auf Interessenpolitik wird eine geringe Konfliktorientierung festgestellt. Die Forscher/innen sind der Ansicht, dass dies weniger auf eine fehlende Krisenbetroffenheit hierzulande zurückzuführen ist, noch lässt sich diese Orientierung durch einen arrangierten „betrieblichen Burgfrieden“ erklären. Es ist davon auszugehen, dass die Krisenerfahrung der Belegschaften weit aus weitreichender ist und das Zögern, sich in Konflikte zu begeben, eher durch eine rationale Abschätzung der (fehlenden) Handlungsmöglichkeiten zu erklären ist. Dennoch berichten die Interviewten abgesehen von ihren Ohnmachtsgefühlen auch von Protest- und Widerstandsphantasien, die jedoch aufgrund fehlender Adressaten und organisatorischer Einbindung nicht zu Handlungen führen.

Julia Hofmann beschreibt (in diesem Band) die Entwicklung von „Solidarität am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft“ anhand einer Befragung von Betriebsräten/innen in österreichischen Betrieben. Auch wenn Österreich als eine weitere ‚Insel der Seligen‘ in den bisherigen Wirtschaftskrisen ökonomisch stabil bleiben konnte, die Arbeitslosenquote niedrig ist und das sozialpartnerschaftliche Modell zu funktionieren scheint, machen sich die Betriebsräte/innen Sorgen und zeigen sich zum Teil sehr kritisch in Bezug auf Arbeitsbelastung, Zukunft des Betriebs etc. Gleichwohl bleiben auch dort die großen Proteste aus.

Um zu verstehen, welche Prozesse solidarisches Handeln behindern und welche neuen Voraussetzungen solidarisches Handeln heute hat, sind Mikroanalysen vor Ort notwendig. *Michael Vester* und *Christel Teiwes-Kügler* haben zusammen mit anderen Forscher/innen in vielen Forschungsprojekten den Wandel von Berufsstrukturen analysiert und herausgearbeitet, was dies für die jeweiligen Arbeitnehmermilieus bedeutet (vgl. Vester/Teiwes-Kügler in diesem Band). Eine Konfliktlinie in vielen Produktionszweigen ist der zunehmende Fokus auf Kapitalverwertung seitens der Unternehmer, was oft in diametralem Gegensatz zum Berufsethos, insbesondere der Facharbeiter/innen und Ingenieure/innen, steht. Die Befragten berichten von schleichenden Veränderungen in ihrem Arbeitsbereich, wenn auch der Beginn deutlich zu benennen ist: mit dem Einstieg der Finanzinvestoren und der Umwandlung der Unternehmen in Aktiengesellschaften. Die Befragten bewerten die neoliberale Managementpolitik sehr kritisch – aber auch hier führt das nicht zu Protesten. Es überwiegt der Wunsch nach „beruflicher Sicherheit und sozialer Absicherung“ (Vester/Teiwes-Kügler in diesem Band).

In unserem Forschungsprojekt mit jungen Beschäftigten unter 35 Jahren im Dienstleistungsbereich gingen wir davon aus, dass *solidarisches Handeln* Teil der Lebensführung ist. In der Untersuchung stellten wir fest, dass viele der Befragten mit dem Begriff ‚Solidarität‘ selbst nichts anfangen konnten. Wenn wir diesen Begriff aber aufbrachen und verschiedene fürsorgliche, füreinander einstehende Verhaltensweisen darunter packten, dann wurde deutlich, dass das für

einen überragenden Großteil der Befragten ein wesentlicher Aspekt ihres Alltags und ihrer Orientierungen ist (vgl. Held et al. 2011 und Billmann/Held in diesem Band).

Mangelnde Anerkennung war ein starkes Motiv in den Protesten der Erzieher/innen und Sozialpädagogen/innen im Jahr 2009 (vgl. Held et al. 2011: 74 ff.). *Stephan Voswinkel* befasst sich in seinem Beitrag für diesen Band mit „Anerkennung und Identität im Wandel der Arbeitswelt“³. Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt betreffen auch Formen von Anerkennung und Bestätigung. In Bezug auf das Leistungsprinzip lässt sich dieser Wandel am stärksten beobachten: Eine im Beruf erbrachte Leistung bringt nicht unbedingt automatisch Anerkennung und Erfolg mit sich. Bewertet wird oftmals das erbrachte betriebswirtschaftliche Ergebnis. Die Beschäftigten begegnen diesem Wandel mit je spezifischen subjektiven Verarbeitungsweisen. Nach wie vor ist „eine Arbeit zu haben“ äußerst zentral für Identität und Anerkennung. Dabei wehren sich die meisten gegen eine Reduzierung ihrer konkreten Arbeit auf reine Ökonomisierungsanforderungen. Dies wird im Beitrag von *Stefanie Hürtgen* deutlich, die in Interviews mit Beschäftigten über „Kollegialität – Mensch sein auf der Arbeit“ gesprochen hat (in diesem Band). Wenn die Interviewten über ‚Kollegialität‘ sprechen, formulieren sie sowohl Leistungserwartungen an Kollegen/innen als auch den Anspruch, auf der Arbeit ‚Mensch-sein-zu-dürfen‘ und als Person wahrgenommen zu werden. Gerade letzterer Anspruch wird jedoch im Zuge steigender Verwertungs- und Wachstumsorientierung immer wieder torpediert – auch wenn die Forschungsergebnisse zeigen, dass Beschäftigte durchaus kreativ mit diesen Anforderungen umgehen.

Da jedoch im Zuge der Individualisierung das Subjekt selbst für sein Schicksal verantwortlich ist, sich um sich selbst sorgen muss, funktioniert für viele die Figur „Opfer der Verhältnisse zu sein“ nicht mehr (vgl. Voswinkel in diesem Band). Sie machen sich für die Erfüllung der Anforderungen selbst verantwortlich. Die Anrufung „selbst verantwortlich zu sein“ ist unseres Erachtens jedoch eine doppelte Figur: Einerseits kann sie zu „Ich-Orientierung“ führen und zu Versuchen, sein Leben individualistisch zu bewältigen. Andererseits kann sie aber auch aus der Lethargie und zum Austausch und Zusammenschluss mit anderen führen – im Sinne einer Verantwortlichkeit für bessere Verhältnisse für „alle“ und damit zu widerständigem, kollektivem und solidarischem Handeln.

³ Die beiden Beiträge von Stefanie Hürtgen und Stephan Voswinkel basieren auf Ergebnissen ihrer am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M. durchgeführten Untersuchung „Ansprüche an Arbeit und berufliche Entwicklung von Normalarbeitnehmer/innen“ – einem von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützten Forschungsprojekt.

3 Solidarität – kollektives Handeln – Widerstand

Selbst in wissenschaftlichen Ansätzen, bei denen die drei Begriffe Solidarität, kollektives Handeln und Widerstand einen wichtigen Bezugspunkt bilden, kann man eine gewisse kritische Distanz gegenüber diesen Begriffen feststellen. In seinem Hauptwerk, der Grundlegung der Psychologie, argumentiert der Kritische Psychologe Klaus Holzkamp, dass die Menschen zwar Handlungsmöglichkeiten haben, dass diese Möglichkeiten und damit ihre Handlungsfähigkeit aber eingeschränkt sind und dass sie das nur durch die „kooperative Form der Handlungen“ und im „kooperativen Zusammenschluss“ ändern können (Holzkamp 1983: 331 f.). Anstelle von kollektivem Handeln wird hier von der kooperativen Form der Handlungen gesprochen. „Der kooperative Zusammenschluss muss dann allerdings im Interesse der kollektiven Machtentfaltung zur Durchsetzung des Handlungsziels hier selbst wieder mehr oder weniger *organisierte Formen* annehmen und gewinnt u. U. als ‚Bewegung‘ oder ähnliches seine eigene *überindividuelle Geschichte und Kontinuität*.“ Die individuellen Subjekte werden dabei „zu Elementen *gesellschaftlicher Subjekte*, die eine kollektive Macht des bewussten ‚Machens‘ von Geschichte darstellt.“ (Holzkamp 1983: 331) Die Zurückhaltung gegenüber Kollektivbegriffen, wie Solidarität, wird vor allem bei solchen Autoren/innen deutlich, die wie Klaus Holzkamp sich als Subjektwissenschaftler/innen verstehen. „Subjekt“ meint bei Klaus Holzkamp nicht das autonome Subjekt, das über seine Verhältnisse selbst bestimmt, sondern die widersprüchliche Konstellation von Selbst- und Fremdbestimmung. Das handlungsfähige Subjekt mit seiner doppelten Wirklichkeitsbeziehung zur gesellschaftlichen Realität ist zugleich das unterworfenen Subjekt. Die drei Begriffe Solidarität, kollektives Handeln und Widerstand symbolisieren eine Befreiungsperspektive. Sie gehören zwar zusammen, sind aber doch auch unterschiedlich und verweisen auf unterschiedliche subjektive Prozesse. Außerdem wandeln sich ihre Bedeutungen mit den gesellschaftlichen Prozessen.

Der Ausdruck *kollektives Handeln* wird heute in den Sozialwissenschaften, aber auch in der Öffentlichkeit wenig benutzt. Er ist mit dem Ende des Staatssozialismus in Misskredit geraten und wird auch in der neoliberalen Kultur negativ konnotiert (vgl. Held 1997). Kollektives Handeln gehört in den Kontext von Solidarität und Widerstand und ist deshalb nicht gleichzusetzen mit Kooperation. So sind z. B. Streikaktivitäten oder Demonstrationen Formen kollektiven Handelns, aber nicht einfach Kooperation. Kollektives Handeln setzt gemeinsame Interessen und Ziele voraus, für die sich viele gleichzeitig einsetzen. Das kollektive Handeln kann zwar spontan entstehen, bedarf aber über eine längere Zeitspanne der Organisierung. In einer Gesellschaft, in der das Soziale sich ausdünnert und die Individualisierung zunimmt, in der heterogene Kleingruppen sich for-

mieren, ist es schwierig, ein gemeinsames Interesse zu bestimmen, das Grundlage für kollektives Handeln ist. Es dominieren Partialinteressen, die in Konkurrenz zueinander stehen können. Deutlich wird das heute in den Streikaktionen vieler kleiner Branchengewerkschaften.

Zusätzlich sind die gemeinsamen Interessen daraufhin zu befragen, „ob sie am Allgemeininteresse orientiert sind oder lediglich gemeinsame Partialinteressen darstellen“ (Holzkamp 1980: 211). In dem Allgemeininteresse sind nicht nur die Interessen aller Einzelnen aufgehoben, sondern es enthält auch eine Orientierung an allgemeinen Werten, die für alle gelten.

„Das Allgemeininteresse bestimmt sich allgemein dadurch, dass es als allgemeines nicht gegen die Interessen bestimmter Personen oder Gruppen gerichtet sein kann. Das Allgemeininteresse ist damit immer (...) ein Interesse an der Überwindung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, d. h. gerichtet auf die Verfügung der Menschen über ihre eigenen Angelegenheiten. (...) Man kann dies auch so zusammenfassen: das einzige als Allgemeininteresse ausweisbare Interesse ist das Interesse an Freiheit, die so das höchste Gut des Menschen ist.“ (Holzkamp 1980: 210)

Auch in der aktuellen Diskussion über Freiheit (vgl. Honneth 2011) ist Freiheit der zentrale Begriff für kollektives Handeln. Freiheit kann danach nur im sozialen Zusammenschluss realisiert werden; sie ist eine Art „kollektive Selbstbestimmung“ (vgl. Holzkamp 1980: 212). Oder, wie Judith Butler es in einem Vortrag über „Körper in Bewegung und die Politik auf der Straße“ auf den Punkt bringt:

„Freiheit entsteht nicht einfach durch dich oder mich. Sie kann entstehen und entsteht durch eine Beziehung, die sich zwischen uns oder, genauer, unter uns vollzieht. Es geht also nicht darum, die menschliche Würde in jeder einzelnen Person zu suchen, sondern um ein Verständnis des Menschlichen als eines gesellschaftlichen Beziehungswesens, dessen Handeln auf Gleichheit beruht und das Gleichheitsprinzip zum Ausdruck bringt.“ (Butler 2011: 118)

Die verbreitete Angst vor dem Kollektiv beruht darauf, dass man vereinnahmt werden könnte und unter Gruppendruck gerät. Solche Prozesse sind eine reale Gefahr, gleichwohl braucht es das kollektive Handeln innerhalb und außerhalb von Organisationen. Der Einzelne ist für sich ohnmächtig und kann alleine keine Interessen durchsetzen.

„Die Ausgeschlossenheit und Isolation von der gemeinschaftlichen Bestimmung relevanter eigener Daseinsumstände, die Ausgeliefertheit an fremde Kräfte und Mächte, ist gleichbedeutend mit existentieller Angst, Entwicklungslosigkeit, Verkümmern der eigenen Lebens- und Erlebensmöglichkeiten.“ (Holzkamp 1980: 212)

In diesem Sinn kommt Klaus Holzkamp zu dem Schluss: „Freiheit bewusster kollektiver Verfügung über die eigenen Angelegenheiten ist vielmehr erstes menschliches Lebensbedürfnis.“ (Holzkamp 1980: 212) Demnach gibt es einen Zusammenhang zwischen individueller und kollektiver Selbstbestimmung.

Widerständiges Handeln bringt in die Trias ‚kollektives, widerständiges und solidarisches Handeln‘ eine wichtige Zielrichtung. Es geht – wie das Wort schon sagt – um das Widerstehen gegenüber scheinbar allgemeingültigen Normen und Gesetzen, gegenüber dem, was im Allgemeinen als ‚wahr‘ bezeichnet wird. Widerstand wird dann zur Notwendigkeit, wenn von einem selbst oder von einer Gruppe Verhaltensweisen, Gehorsam etc. erwartet werden, die man aus moralischen und ethischen Gründen ablehnt. Widerstand kann zunächst einmal auch von einzelnen Menschen geleistet werden – man denke z. B. an die Einzelpersonen, die im Faschismus Widerstand geleistet haben. Hierzulande wird in den sozialen Bewegungen über kollektiven Widerstand in Form von „zivilem Ungehorsam“ diskutiert – ein Begriff, der sowohl viele politische Kämpfe umfasst, als auch selbst ein politisch umkämpfter Begriff ist (vgl. Pabst 2012: 23 f.). Historisch verweist der Begriff ‚ziviler Ungehorsam‘ auf Henry David Thoreau, der 1849 mit seinem Essay „Civil Disobedience“ die USA anklagte und wegen der Sklaverei und dem Krieg gegen Mexiko die Zahlung von Steuern verweigerte (vgl. ebd.: 24). Die Formen zivilen Ungehorsams können sehr unterschiedlich sein und hierüber wird in den hiesigen sozialen Bewegungen lebhaft debattiert: über die Frage nach Gewaltfreiheit, über symbolische oder direkte Aktionen etc. Als Beispiele von ‚zivilem Ungehorsam‘ wären die Aktionen rings um die Castortransporte ins Wendland zu nennen oder die mittlerweile jährlich stattfindenden Proteste im Rahmen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ gegen den Naziaufmarsch in Dresden.

Eine diffusere Form widerständigen Handelns analysierte der britische Soziologe Paul Willis in seiner ethnografischen Studie „Spaß am Widerstand“ an einer britischen „Arbeiterschule“ in den 1970er-Jahren. Ihn interessierte das widerständige Verhalten von Schüler/innen aus dem „Arbeitermilieu“, das sich in Ablehnung der Schule als Institution, kreativem Zerstören, in sexistischem und rassistischem Verhalten äußert. Diese Formen von Widerstand tragen jedoch paradoxerweise dazu bei, dass diese Jugendlichen in ihrem Milieu bleiben – sprich letztlich daran teilhaben, ihr gesellschaftliches Unterdrückungsverhältnis fortzusetzen (vgl. Willis 1979).

Charakteristisch für das widerständige Handeln ist, dass eigenen Bedürfnissen und Intentionen gefolgt wird, die im Gegensatz zu äußeren Anforderungen stehen. Beim widerständigen Handeln wird eine reine Anpassung an vorgegebene Bedingungen abgelehnt. Überall dort, wo sich der Wille formiert, sich nicht dermaßen regieren zu lassen, finden sich eventuell Ansätze zu widerständigem

Handeln (vgl. Foucault 1992). Im Anschluss an Judith Butler und Michel Foucault hat Hanna Meißner jüngst herausgearbeitet, dass die Individuen erst in der Unterwerfung unter die Verhältnisse Erfahrungen und Identität erlangen können (vgl. Meißner 2010). Widerstand bedeutet unter diesen Voraussetzungen „Entunterwerfung“ (vgl. Foucault 1992), also der Kampf gegen die Unterwerfung. Widerständiges Handeln ist selten ein Topos in den Sozialwissenschaften. In der Sozialpsychologie gibt es z. B. nur das Konzept der Reaktanz, das an das widerständige Handeln erinnert. Einen hohen Stellenwert hat das Konzept des Widerstands in der Kritischen Psychologie, die auch als „Wissenschaft der Entunterwerfung“ bezeichnet wurde (vgl. Osterkamp 2003).

Widerständiges Handeln entsteht oft spontan aufgrund von Ungerechtigkeit und Demütigung. Für einen länger andauernden Widerstand und vor allem für grundsätzliches widerständiges Handeln braucht es eine fundierte, kritische Haltung, die man häufig bei zentralen Personen in sozialen Bewegungen findet. Diese Haltung beschreibt Michel Foucault folgendermaßen:

„Eine bestimmte Art zu denken, zu sagen, zu handeln auch, ein bestimmtes Verhältnis zu dem, was existiert, zu dem, was man weiß, zu dem, was man macht, ein Verhältnis zur Gesellschaft, zur Kultur, ein Verhältnis zu den anderen auch – etwas, was man die Haltung der Kritik nennen könnte.“ (Foucault 1992: 8)

Diese kritische Haltung begreift Foucault als „Tugend im Allgemeinen“ (Foucault 1992: 9). Die Kritik hat für ihn „die Funktion der Entunterwerfung“ (Foucault 1992: 15). Demnach genügt es nicht, von Fall zu Fall immer mal wieder Kritik zu äußern über unterschiedliche Zustände und Angelegenheiten, sondern es bedarf einer umfassenden kritischen Haltung, die ihre Gründe und Ziele kennt.

Über *Solidarität* wurde und wird viel diskutiert und sie steht auch im Mittelpunkt dieses Buches. Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, Solidarität in ihrer ganzen Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit zu definieren (dazu Lucie Billmann und Josef Held in diesem Band), sondern es soll vor allem die Besonderheit solidarischen Handelns gegenüber dem kollektiven und dem widerständigen Handeln hervorgehoben werden. Im Unterschied zum kollektiven und widerständigen Handeln stehen bei der Solidarität soziale Beziehungen und Emotionen im Vordergrund. So basiert solidarisches Handeln in Solidargemeinschaften mit gleichen Interessen zu einem guten Teil auf sozialen Bindungs-emotionen, wie Freundschaft, Liebe, Achtung, Fürsorge, personales Verantwortungsgefühl, soziale Wertschätzung und Zusammengehörigkeitsgefühl. Solidarität ist nicht nur eine Handlung, sondern auch eine Haltung, und manchmal auch nur ein Gefühl der Verbundenheit. Dies gilt für solidarisches Handeln bei gleichen Interessen.

Solidarität bei unterschiedlichen Interessen basiert auf Empathie, Mitempfinden, Mitgefühl, emotionaler Betroffenheit und Anerkennung. Wenn jemand sieht, wie einer/m anderen Unrecht zugefügt wird, wie ein/e andere/r leidet, so kann das so stark mitempfunden werden, dass man emotional in die gleiche Situation wie der/die andere gerät. Zu Solidarität gehört also eine zwischenmenschliche Interaktion, wobei diese auch durch Medien vermittelt sein kann. Solidarität gibt es also auch als Hilfe und Unterstützung für andere Menschen um ihrer selbst willen. Eine solche prosoziale Orientierung zielt nicht auf die Verbesserung der eigenen Verfügung und Handlungsfähigkeit, sondern auf die von anderen.

Albert Scherr formuliert in seinem Beitrag „Solidarität im postmodernen Kapitalismus“ (in diesem Band) grundsätzliche Gedanken zum Begriff ‚Solidarität‘. Dabei verweist er auch auf die fragwürdigen Bedeutungen, die der Begriff annehmen kann: wie z. B. Solidarität mit Soldaten/innen in Afghanistan oder die von Nazis propagierte ‚nationale Solidarität‘. Er beschreibt – davon abgrenzend – die verschiedenen Momente, die Solidarität als emanzipatorischen politischen Begriff aufweisen, wie z. B. die universalistische Perspektive, die über das bloße gemeinsame Entstehen für gemeinsame Interessen hinausweist. Da durch die zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung Solidarität zu einem voraussetzungsvollen Projekt wird, plädiert Scherr dafür, Solidarität als ‚humane Fähigkeit‘ zu betrachten.

Der Begriff der Solidarität ist aus Sicht von *Barbara Stauber* (in diesem Band) zu stark normativ aufgeladen und gleichzeitig zu eng gefasst. In ihrem Beitrag zeigt sie anhand jugendkultureller Protestformen, dass „Solidarität auch da drin (sein kann), wo sie nicht drauf steht“ (vgl. ebd.). Hier erscheint jugendkultureller Protest als Möglichkeit, sich ein Stück entfremdeter gesellschaftlicher Realität wieder anzueignen. Mit Bezug auf Rahel Jaeggis Entfremdungsbegriff (vgl. Jaeggi 2005), arbeitet Barbara Stauber heraus, dass der Kampf gegen Entfremdungserfahrungen als singuläres Projekt keinen Sinn macht – es braucht den Bezug zur und *in* die Welt. Jugendkultureller Protest – insofern er auf Gemeinschaft setzt und diese erschafft, Brücken baut zwischen unterschiedlichen „Betroffenheiten“, achtsam ist gegenüber anderen Gruppierungen – kann als Solidarität mit universalistischem Anspruch formuliert werden.

Es braucht demnach eine Suche nach einem neuen Verständnis von ‚Solidarität‘, da der traditionelle Begriff zum Teil aus den vergangenen Traditionen der Arbeiterbewegung stammt, denen heute die Grundlagen fehlen.

„Der Begriff der ‚Solidarität‘ und das solidarische Handeln sind historisch eng mit der Arbeiterbewegung verbunden. (...) Die gegenseitige Unterstützung und das solidarische Eintreten für gemeinsame Ziele, d. h. die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen, waren Ausdruck der wahrgenommenen wechselseitigen Interdependenz zwischen Individuen, die sich in einer ähnlichen sozialen Lage befanden.“ (Beierlein/Preiser 2004: 79)

Für die Gewerkschaftsvertreter Martin Allespach, Alex Demirović und Lothar Wentzel stellt sich der Wandel des Solidaritätsverständnisses folgendermaßen dar:

„Auch Solidarität galt plötzlich als überholt. Sie wurde als Gutmenschentum und soziale Nostalgie abgetan. Tatsächlich hat die traditionell über ähnliche Lebensformen und Milieus vermittelte Solidarität heute an Bedeutung verloren. Die nicht zuletzt durch gewerkschaftliche Erfolge möglich gewordenen vielfältigen Lebensformen sind mit starken Wünschen nach Freiheit, nach individueller Differenz und Lebensgestaltung, nach höherer Qualifikation, nach sinnvoller und guter Arbeit oder neuen Formen der Beziehung zwischen Geschlechtern unter Arbeitsteilung zwischen ihnen verbunden. Solidarität nimmt damit einen anderen Charakter an. Sie entsteht nicht mehr quasi naturwüchsig aus gemeinsamen Lebensverhältnissen, sondern muss viel stärker in politischen und kulturellen Praktiken und Diskursen hergestellt werden.“ (Allespach et al. 2011: 81)

Das hat zur Folge, dass Solidarität heute „eher den Charakter der immer wieder zu erneuernden Bündnissen auf Grund der Einsicht in gemeinsamen Interessen erhält.“ (Allespach et al. 2011: 81)

Die Gewerkschafter sehen aber auch, dass es zugleich ein hohes Maß an Respekt vor der besonderen Lebens- und Interessenlage des Einzelnen verlangt. „Diese neuen Formen der Solidarität erweisen sich durchaus als wirkungsvoll, sie setzen Kreativität und Initiative bei den Beteiligten frei und führen auch zu emotionaler Verbundenheit. Aber sie verlangen auch ein anderes Selbstverständnis und entsprechende Formen des Dialoges und der Beteiligung.“ (Allespach et al. 2011: 81; vgl. auch Martin Allespach in diesem Band) Entsprechend haben sich auch die Formen gewerkschaftlicher Aktionen verändert bzw. müssen sich verändern. Darauf verweisen die drei Beiträge der Gewerkschafter/innen in diesem Band. Im Interview mit *Martin Allespach* formuliert dieser, in welchen Themenkomplexen die IG Metall ihr Handeln insbesondere in der zugespitzten wirtschaftlichen Krise verortet (vgl. den Beitrag in diesem Band). Dabei geht es um Formen der Mitglieder-Beteiligung einerseits und andererseits um die gesellschaftspolitische Positionierung der IG Metall gegenüber der Politik als auch im Zusammenhang mit anderen sozialen Bewegungen. *Sabine Vogel* und *Ivo Garbe* berichten über ihre Arbeit in der Perspektive U35 – ein gewerkschaftliches Modellprojekt, das junge Erwachsene unter 35 Jahren vernetzen möchte (vgl. ihren

Beitrag in diesem Band). *Sybille Stamm* schreibt über neue, kreative Beteiligungsformen bei Streiks im Gesundheitswesen und im Einzelhandel. Wesentliche Voraussetzung für solidarisches Handeln ist ihrer konkreten Erfahrung nach zum einen, die Betroffenen schon vor und vor allem während der Streikaktionen zu beteiligen und mitbestimmen zu lassen, und zum anderen, ihnen einen Raum zu bieten, in dem konkrete Solidarität erfahr- und erlebbar wird (siehe ihren Beitrag in diesem Band).

Wir sind der Ansicht, dass eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem vielschichtigen Begriff ‚Solidarität‘ mehr denn je notwendig ist. Der Vergleich von solidarischem, kollektivem und widerständigem Handeln zeigt deutlich, dass es zwischen ihnen wesentliche Unterschiede gibt, die ihre jeweilige Besonderheit konturieren. Gleichzeitig sind aber alle drei Aspekte für die sozialen und politischen Kämpfe, die sich an allgemeinen Interessen orientieren, notwendig.

Mit den sehr unterschiedlichen Beiträgen sollen die Dimensionen aufgezeigt werden, in denen solidarisches Handeln eine Rolle spielt/spielen könnte. Eine wesentliche Erkenntnis zieht sich dennoch mehr oder weniger deutlich durch alle Beiträge: Solidarisches Handeln ist eine soziale Dimension – es ist nicht per se vorhanden, sondern muss immer wieder thematisiert und praktisch erlebt werden. Daher hoffen wir, mit diesem Band sowohl ein Nachdenken über Rahmenbedingungen anzustoßen als auch Anregungen für konkrete solidarische Praxis zu liefern. Letztlich handelt es sich um einen Versuch, an der ‚Bereitung eines günstigeren Bodens‘ (Gramsci) für einen gesellschaftlichen Wandel mitzuwirken.

Literatur

- Allespach, Martin; Demirović, Alex; Wentzel, Lothar (2011): Freiheit weiter denken. Wofür stehen die Gewerkschaften? Blätter für deutsche und internationale Politik, 10.
- Bader, Pauline; Becker, Florian; Demirović, Alex; Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Dies. (Hrsg.), *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA. 11–28.
- Baumann, Zygmunt (2008): *Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1995): Vom Verschwinden der Solidarität. In: Keupp, Heiner (Hrsg.), *Der Mensch als soziales Wesen. Sozialpsychologisches Denken im 20. Jahrhundert. Ein Lesebuch*. Zürich: Piper. 303–309.
- Beierlein, Constanze; Preiser, Siegfried (2004): Solidarisches Engagement, Gerechtigkeitsüberzeugungen und kollektive Kompetenzerwartung bei Gewerkschaftsmitgliedern. *Zeitschrift Politische Psychologie* (1+2): 79–97.
- Birke, Peter (2012): Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg. In: Birke, Peter; Henninger, Max (Hrsg.): *Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online*. Berlin: Assoziation A.: 183–220.
- Butler, Judith (2011): Körper in Bewegung und die Politik der Straße. *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 4/2011, 110–122.
- Demirović, Alex; Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. *PROKLA Münster: Westfälisches Dampfboot Heft 166: Deutschland – Krisengewinner?* 77–106.
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?* Berlin: Merve.
- Gramsci, Antonio (1996): *Gefängnishefte (Vol. 7)*. Hamburg: Argument.
- Hall, Stuart (2011): Eine permanente neoliberale Revolution? *Das Argument*, 294 (H. 5): 651–671.
- Held, Josef (1997): Kooperatives Lernen – ein Neuanatz in der Lernforschung? In: *Zschr. Forum Kritische Psychologie*, H. 38: 4–18.
- Held, Josef; Bibouche, Seddik; Billmann, Lucie; Holbein, Melanie; Kempf, Martina; Kröll, Tobias (2011): *Was bewegt junge Menschen? Lebensführung und solidarisches Handeln junger Beschäftigter im Dienstleistungsbereich*. Wiesbaden: VS.
- Holzkamp, Klaus (1980): Individuum und Organisation. In: *Forum Kritische Psychologie*, 7: 208–225.
- Holzkamp, Klaus (1983): *Grundlegung der Psychologie*. Frankfurt/M.: Campus.
- Honneth, Axel (2011): *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Jaeggi, Rahel (2005): *Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems*. Frankfurt/M.: Campus.
- Jäger, Michael; Seibert, Thomas (2012): *alle zusammen. jede für sich. die demokratie der plätze. eine flugschrift*. Hamburg: VSA.

- Marvakis, Athanasios (2005): Die Vernunft der Solidarität. In Held, Josef (Hrsg.), Jugendintegration durch Partizipation? Hamburg: Argument: 161–188.
- Meißner, Hannah (2010): Jenseits des autonomen Subjekts. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Handlungsfähigkeit im Anschluss an Butler, Foucault und Marx. Bielefeld: transcript.
- Osterkamp, Ute (2003): Kritische Psychologie als Wissenschaft der Ent-Unterwerfung. In: Journal für Psychologie, 11 (2): 176–193.
- Pabst, Andrea (2012): Protest und Beteiligung: Ziviler Ungehorsam: Annäherung an einen umkämpften Begriff. In: APuZ: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25-26/2012: 23–29.
- Rühle, Alex (2012): Gentrifizierung in Deutschland: Wohnst du noch oder residierst du schon? In: Süddeutsche Zeitung: www.sueddeutsche.de/leben/gentrifizierung-in-deutschland-wohnst-du-noch-oder-residierst-du-schon-1.1412458 (1.11.2012).
- Willis, Paul (1979): Spaß am Widerstand: Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt/M.: Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft.

Verriegelte Verhältnisse – Solidarität und interessenpolitische Handlungsorientierungen unter Krisenbedingungen

Wolfgang Menz, Richard Detje, Sarah Nies, Dieter Sauer

1 Einleitung: Entsolidarisierungen in der „Krise ohne Konflikt“?

Wer im Kapitalismus lebt – und das ist heute weltweit betrachtet fast jeder, dem sind ökonomische Krisen nicht fremd. Selbst das durch relative Stabilität geprägte „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus (Lipietz 1998) war keineswegs krisenfrei: Auch der Fordismus war geprägt durch regelmäßige konjunkturelle Auf- und Abschwünge, aber auch Strukturkrisen, die ganze Branchen wie Kohle, Stahl oder Schiffbau in Deutschland zur Disposition stellten. Spätestens mit der Krise des fordistischen Entwicklungsmodells wurde dann deutlich, dass „immerwährende Prosperität“ im Kapitalismus ein Wunschtraum ist (Lutz 1984). Der Börsencrash am „Schwarzen Montag“ 1987, die Asienkrise zehn Jahre später oder der Zusammenbruch der New Economy zu Beginn des nächsten Jahrhunderts hielten die grundsätzliche ökonomische Fragilität im allgemeinen Bewusstsein. Gleichwohl markiert die jüngste „neue Weltwirtschaftskrise“ (Krugman 2008) noch einmal eine neue Qualität der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, denn sie blieb nicht auf bestimmte Branchen, Regionen oder Wirtschaftsegmente beschränkt, sondern breitete sich in kürzester Zeit, ausgehend von den US-amerikanischen Immobilienmärkten über die Finanzindustrie bis hin zur sogenannten Realwirtschaft, weltweit aus. Auf ihrem Höhepunkt brach in Deutschland 2009 die Industrieproduktion um ein Drittel und mehr ein – die tiefste ökonomische Zäsur der Nachkriegszeit. Parallelen zur Weltwirtschaftskrise 1929 waren in aller Munde und selbst in der wirtschaftsliberalen Presse wurde offen über ein mögliches Ende des Kapitalismus diskutiert.

Was bedeutet die „Große Krise“ (Bischoff et al. 2010), die massiven Erosionserscheinungen des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes, nun für solidarisches Handeln und interessenpolitische Orientierungen? Im Gegensatz zum europäischen Ausland verlief die Krise in Deutschland vergleichsweise konfliktarm. Größere soziale Auseinandersetzungen blieben aus: „Eine Gleichzeitigkeit von Krise und Konflikt fehlt heute vollkommen“, konstatiert Claus Offe in einem Interview (Offe 2010). Zugleich wurden eine steigende Entsolida-

risierung und wachsende Ausgrenzungsprozesse prognostiziert und teils auch empirisch beobachtet, die sich etwa in wachsendem Rechtsradikalismus, in Rassismus oder in Ressentiments gegenüber Arbeitslosen und sozial Schwachen ausdrückten (vgl. Heitmeyer 2010, Decker et al. 2010).

Wenig Beachtung fand allerdings die betriebliche Ebene. Wie ist es hier um die Solidarität unter Krisenbedingungen bestellt? Bilden sich Ansätze zu kollektivem Widerstand und Protest heraus oder werden die Krisenfolgen eher individualistisch bearbeitet oder gar fatalistisch akzeptiert oder verdrängt? Diesen Fragen gehen wir im Folgenden anhand zweier explorativer Studien nach, die wir im Kontext der Wirtschaftskrise durchgeführt haben. Im Frühsommer 2010 und ein zweites Mal im Sommer 2012 haben wir in ausführlichen Interviews und Gruppendiskussionen betriebliche Vertrauensleute und – wo es sie nicht gab – Betriebsräte/innen befragt. Im Zentrum standen diese Akteure als die unterste Ebene der betrieblichen Interessenvertretung, die in gewisser Weise zwischen Beschäftigtenperspektive einerseits und Expertenperspektive andererseits vermitteln kann. Die Erhebungen fanden gleichsam in einem Bereich statt, der von der Krise in Deutschland besonders betroffen war, nämlich in der Metall- und Elektroindustrie (u. a. Automobilindustrie) sowie der textilen Automobilzulieferindustrie.¹

¹ Wir haben im Jahr 2010 qualitative Erhebungen in zwei gewerkschaftlichen Bildungsstätten durchgeführt und dabei fünf Gruppendiskussionen (mit jeweils 4–7 Teilnehmer/innen) sowie 20 leitfadengestützte Einzelinterviews geführt. Die Interviewten kamen aus insgesamt 16 unterschiedlichen Betrieben der Metall-, Elektro- und Automobilindustrie sowie aus textilen Automobilzulieferern. In der Folgestudie 2012, die gegenwärtig noch läuft, haben wir bislang 12 Einzelinterviews und neun Gruppendiskussionen durchgeführt, davon acht Interviews und acht Gruppendiskussionen im beschriebenen Branchenfeld (auf das wir uns im folgenden Artikel beschränken). Die Studien wurden finanziell unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Wolfgang-Abendroth-Stiftungsgesellschaft. Das Sample ist selbstverständlich nicht repräsentativ. Befragte aus typischen gewerkschaftlichen Kernsektoren (Betriebe mit hohem Organisationsgrad, in der Automobilindustrie, Betriebe mit funktionierender Vertrauensleutearbeit) sind überproportional vertreten, ebenso Männer sowie gewerblich Beschäftigte. In den empirisch basierten Hypothesen, die wir im Folgenden darstellen, drücken sich die Wahrnehmungen und Handlungsorientierungen einer spezifischen – gewerkschaftsaffinen – Gruppe der Industriearbeiterschaft aus; sie sollten daher nicht vorschnell verallgemeinert werden. Die nachfolgend eingerückten Zitate stammen aus den Interviews und Gruppendiskussionen. Zu den Ergebnissen der ersten Studie siehe ausführlicher Detje et al. 2011a, b, Menz et al. 2011. In unseren Beitrag gehen zudem erste Überlegungen und Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Brüchige Legitimationen – neue Handlungsorientierungen? Gerechtigkeitsansprüche und Interessenorientierungen in Arbeit und Betrieb vor dem Hintergrund von Krisenerfahrungen“ ein, das seit 2012 von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird.

2 Solidarität und Interessenorientierungen in der „Großen Krise“

2.1 Krisenbetroffenheit: Differenzierung statt Vereinheitlichung

Zunächst einmal ist festzustellen: Bereits die „objektiven“ ökonomischen Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verlaufen ausgesprochen differenziert. Dies wird bereits bei einem groben Blick auf exemplarische Wirtschaftsbranchen deutlich.

Das *Bankgewerbe*, das im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses während der Krise stand, verzeichnete massive Einbrüche der Erträge. Für die Beschäftigten waren Krisenprozesse allerdings schon deutlich länger spürbar. Massive Reorganisations-, Zentralisierungs- und Auslagerungstendenzen betrafen insbesondere die Infrastruktur- und Back-Office-Bereiche und dauern bis heute unvermindert an. Die größten Reorganisationsprozesse im Privatkundenvertrieb waren im Jahr 2008 allerdings bereits weitgehend abgeschlossen. Die vorangegangenen massiven Filialschließungen setzten sich hingegen kaum noch fort (vgl. Roth 2012). Der Einbruch 2007/2008 traf also Belegschaften, die bereits über erhebliche „Krisenerfahrungen“ verfügten.

Der *Einzelhandel* spürte die Krisenfolgen in stärker vermittelter Weise als die Industriebranchen und zudem zeitverzögert. Der private Konsum in Deutschland ließ weniger nach, als zunächst erwartet worden war. Die Umsätze stiegen bis 2008 noch, 2009 erfolgte mit drei Prozent ein vergleichsweise geringer Rückgang (vgl. WABE-Institut 2012). Zeitgleich prägten Insolvenzen und Schließungen großer Einzelhändler (Karstadt, Neckermann, Quelle) das öffentliche Bild – dies stellte sich aber eher als Krisen bestimmter Vertriebsmodelle (Versandhandel, Kaufhäuser) oder einzelner Unternehmen dar.

Die *Bauindustrie* wiederum hatte ihre eigene große Branchenkrise, die mit spektakulären Insolvenzen und Übernahmen, massivem Beschäftigtenabbau von fast einem Drittel und einer einschneidenden Veränderung der Betriebs- und Organisationsstruktur einherging, bereits im Verlauf der vorangegangenen zehn Jahre erlebt. Zum Zeitpunkt der Finanzmarktkrise fand gerade eine gewisse Konsolidierung statt, die schließlich durch die staatlichen Krisenbekämpfungsmaßnahmen (insbesondere das Konjunkturpaket 2 im Jahr 2009) positiv unterstützt wurde.

Der *Öffentliche Dienst* bekommt die Folgen der Wirtschaftskrise über eine Verknappung der Staatsfinanzen zu spüren. Gerade in den Kommunen trifft dies auf eine bereits länger bestehende strukturelle Unterfinanzierung (u. a. durch die Senkung der Einkommens- und Unternehmenssteuern), zu der nun die Krisenfolgen in Form von zurückgehenden Steuereinnahmen und zugleich steigenden Sozialausgaben hinzukommen.

Die *Metall- und Elektroindustrie*, die im Weiteren im Mittelpunkt steht, wurde als stark vom Export abhängige Branche besonders hart von der Krise 2008 ff. getroffen. Im Jahr 2009 ging der Wert aller in der Bundesrepublik produzierten Güter und Dienstleistungen um fünf Prozent zurück; das Wertprodukt der Metall- und Elektroindustrie stürzte demgegenüber um ganze 22,4 % ab. Innerhalb weniger Monate fiel die Kapazitätsauslastung von ca. 90 % auf weniger als 70 % (vgl. IG Metall 2010a).

Zeigen sich also große Unterschiede der Krisenbetroffenheit zwischen den Branchen, lässt sich, das zeigt auch unsere Studie „Krise ohne Konflikt?“, gleichwohl auch innerhalb einer Branche keinesfalls linear anhand der objektiven ökonomischen Krisenbetroffenheit auf deren subjektive Wahrnehmung und Beurteilung schließen. Und dies nicht aufgrund irgendwie verzerrter Wahrnehmungsprozesse; vielmehr werden die jeweils aktuellen Krisengeschehnisse vor dem Hintergrund längerfristiger individueller und kollektiver Erfahrungen interpretiert und damit in einen breiteren Kontext gestellt – und durchaus auch relativiert. So herrschte bei der Mehrzahl unserer befragten Vertrauensleute und Betriebsräte/innen eine Wahrnehmung von „*Krise als permanenter Prozess*“². Es ist nicht so sehr eine konkrete Krisensyndromatik zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern ein längerfristiger Prozess der Krisenhaftigkeit, der für diese Wahrnehmung kennzeichnend ist. Die große Wirtschaftskrise ist zwar durchaus bedrohlich, sie reiht sich aber in ständige Standort- und Arbeitsplatzbedrohungen ein, so dass aus Sicht der Beschäftigten eine gewisse „Krisenroutine“ entsteht.

„An dieses ständige Infragestellen vom Arbeitsplatz gewöhnt man sich eigentlich auch.“ (I-INT05)

Nachhaltige Prosperitätserlebnisse fehlten den meisten Befragten bereits zuvor. Die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Entwicklung weist kaum noch Phasen der Entspannung auf. Nicht nur, weil konjunkturelle Aufschwungsphasen insbesondere im letzten Jahrzehnt schwach und von kurzer Dauer waren – ökonomisch gesprochen ist der Konjunkturverlauf seit Mitte der 1970er-Jahre nicht mehr durch einen so genannten Prosperitätszyklus mit beschleunigter Kapitalakkumulation geprägt. Hinzu kommt, dass der ökonomische Druck in den Betrieben auf die Beschäftigung, das Arbeitstempo, die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen beständig zugenommen hat. Erfahren wird ein Wettbewerbsregime, das sich durch permanente betriebliche Restrukturierungsprozesse mit neuen Prozess- und Produktinnovationen, Standortverlagerungen, Outsourcing, Umdefinition von Kerngeschäftsfeldern usw. auszeichnet. Ein Regime, das immer weniger Routine, aber immer mehr Reorganisation und Flexibilisierung aufweist.

² Zu weiteren Typen der Krisenwahrnehmung vgl. Detje et al. 2011a: 51 ff.